

findet die sozialdemokratische Presse, daß Stresemann ihre Politik verfolge. Mit Zustimmung des Parteivorstandes der SPD führt Breitscheid in der Bürgerblockdelegation nach Genf. Nun erleben wir das Schauspiel, daß, nachdem der Bürgerblock es für notwendig findet, seine Außenpolitik offener zu deklarieren, ihm die Breitscheid, Löbe usw. vorwerfen, daß er, der Bürgerblock, dadurch seine eigene „Friedenspolitik“ durchkreuzt!

Hindenburg steht ebenso wenig im Widerspruch zum Bürgerblock, wie es der Reichspräsident Thiergärtner gegenüber den verschiedenen Regierungen getan hat. Sowohl Hindenburg als der Bürgerblock reden und handeln, wie es die klasseninteressen der Schwerindustrie und der Großagrarien erfordern. Der Tannenberg-Rummel, die Ostpreußensiede des Bürgerblocks, der Hindenburgflag — all das sind bewußte Propaganda-Aktionen für den deutschen Imperialismus überhaupt, und für die entsprechende Stimmenbildung bei den kommenden Wahlen im besonderen. Ebenso wie man die innere Politik des Bürgerblocks nicht bekämpfen kann, wenn man seine Außenpolitik unterstützt, ebenso wenig kann der Ruf der Volkswoche: „Fort mit Hindenburg!“ mehr sein als eine leere Phrase, wenn man nicht begreift, daß hinter Hindenburg der Bürgerblock steht und hinter dem Bürgerblock die Interessen des deutschen Imperialismus, die nun durch Hindenburg angemeldet werden, stehen.

Die revolutionäre Arbeiterklasse kämpft gegen Hindenburg aus denselben Gründen, aus denen sie gegen den Bürgerblock kämpft. Die sozialdemokratische Führung kommt über die Rede Hindenburgs, wagt es aber nicht, sie als das zu nehmen, was sie in Wirklichkeit ist. Sie wagt es deshalb nicht, weil sie mit der Politik des Bürgerblocks auss engste Verträge ist, weil sie in der inneren Politik mit den Bürgerblöckparteien in den Länderregierungen sitzt und das bisschen Scheinopposition, was sie im Reiche macht, wieder aufhebt durch ihre volle Unterstützung der Außenpolitik des deutschen Imperialismus, vertreten durch den Bürgerblock. Sowohl die äußere als auch die innere Politik des Bürgerblocks hat zum Ziel die Stärkung der Klassendiktatur der Bourgeoisie gegen die werttätigen Massen. Daher muß die Antwort des revolutionären Proletariats auf den Hindenburg-Rummel sein: geschlossene Kampfanlage gegen den Bürgerblock und gegen Hindenburg! Die SPD-Führung hält mit ihrer Politik zum Bürgerblock und hält auch zu Hindenburg, trotz der Scheinopposition, die sie von Zeit zu Zeit treibt. Wenn das revolutionäre „Wir“ nicht ruft: Nieder mit Hindenburg, so heißt das: Nieder mit dem Bürgerblock, nieder mit der schwarz-weiß-roten und schwartz-rot-goldenen Einheit, mit den offenen und verdeckten Stühlen des Bürgerblöckregiments gegen die Arbeiterklasse!

Auf die Vollamnestie

Kommunistischer Gesetzentwurf für Straffreiheit proletarischer Gefangener

Berlin, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf für alle proletarischen politischen Gefangenen eingereicht. In diesem Gesetzentwurf wird festgelegt, daß alle verhängten Strafen wegen Hochverrat und Vorbereitung zum Hochverrat niedergeschlagen werden und daß die jetzt noch laufenden Verfahren einzustellen sind. Ausschlossen von dieser Straffreiheit sind Mordtaten und Mordverschwörungen der Schwarzen Reichswehr und der faschistischen Organisationen.

Der Straßenbahnerkampf in Berlin

Berlin, 21. Sept. (Eig. Drahtbericht.) In der gestrigen Funktionärsversammlung der Berliner Straßenbahner wurde die Vereinbarung vor dem Schlüter, die einige kleine Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Zustand vorstellt, mit zwei Drittel-Mehrheit abgelehnt. Die Vereinbarung sieht für das Betriebspersonal die ständige Arbeitszeit vor, jedoch kann die 8-Stunde von der Betriebsleitung angeordnet werden. Heute abend werden die Straßenbahner in zwei Vollversammlungen zu der Tarifvereinbarung vor dem Schlüter Stellung nehmen.

„Unverlöschbare“ Phosphorbomben

Hunderte Millionen Kugeln in der Minute — Fache Großschlacht der Zukunft.

Der Pariser Korrespondent der Wiener Neuen Freien Presse hatte eine Unterredung mit dem Oberstabskommandierenden der französischen Armee, Marschall Foch, über Ausrüstung und Zukunftskrieg. Marschall Foch, auf dessen Initiative das berüchtigte „Gesetz Boncours“, das im Falle des Krieges nicht nur alle wirtschaftlichen und technischen Kräfte des Landes in den Dienst der Kriegsführung stellt, sondern auch alle Organisationen und materiellen Mittel des Proletariats zwangsweise für die Propaganda der Kriegsbegeisterung und für die Eindämmung und Fesselung des proletarischen Kanonenfutters bestimmt, und unter dessen Oberleitung der französische Imperialismus auf allen Gebieten siebzehn rüstet, hat es nicht nötig, ein Blatt vor den Mund zu nehmen oder gar die Wahrheit zu verlassen. Mit dem Stolz eines Siegers spricht er vom seinen Nordwesten unterstellt sind. Das Aderlungsgefecht ist für Marschall Foch ein Ammenmärchen, von dem es sich im Ernst überhaupt nicht mehr zu reden lohnt. Auf die Fragen des Korrespondenten, woher wohl der nächste Krieg kommen mag, erklärt Foch mit der Gleichgültigkeit des Militärs, den einzig das Kriegsschlachtest und die technischen Vorbereitungen dazu interessieren und alles andere nichts angeht: „Bon überallher kann er unerwartet kommen.“

In längeren Ausführungen äußert sich Foch über die Technik und den Charakter und Umfang des nächsten Krieges. Wir geben Foch selber das Wort, da er der beste Fachmann auf seinem Gebiete ist und also gründlich Bescheid weiß:

„Er (der nächste Weltkrieg — d. Red.) wird furchtbarer sein als der Weltkrieg. Niemand kann heute weit vorausblicken, eines jedoch ist gewiß: die mechanischen Beweise für den Sieg werden der beherrschende Faktor sein. Tapfere Leute werden man auch dann noch brauchen, um die Kriegsmaschinen in geeigneter Weise zu handhaben, aber es wird mehr ein Krieg der Maschinen als ein Krieg des Fleisches sein.“

Troy Gant wissen wir, daß jede Nation mit Herkunftsarbeiten beschäftigt ist, die darauf abzielen, ein so vollkommenes Giftgas zu schaffen, daß die restlose Vernichtung eines Feindes sicher ist. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß unbedingt tödliche Gase bereits hergestellt wurden.

Reichstag und Ruhrpanama

Der Ruhr-Untersuchungsausschuß des Reichstages hat nunmehr endlich den Bericht über seine sogenannte Untersuchung veröffentlicht. Schon bei Zusammentritt des Ausschusses haben wir erklärt, daß aus diesem hochwohlblichen Kollegium von Vertretern der Industriellen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten, die alle ein Interesse an der Verschlechterung des Ruhrpanamas haben, so gut wie nichts herauskommen wird. Diese unfreie Behauptung hat sich, wie das veröffentlichte Dokument zeigt, nur zu sehr bewährt. Fast alle kommunistischen Anträge, die wirklich den Dingen auf den Grund gehen wollten, sind von den Herren meist in holder Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten abgelehnt worden. Der Standort der Auslieferung der 750 Millionen durch Marx und Stresemann an die Schwerindustrie kann aber so ungeheuerlich, daß sich sogar dieser Ausschluß schließlich zu einigen Feststellungen bequemen mußte, zu der Feststellung, daß in der Auslieferung der Summen ohne Wissen des Reichstages eine „objektive Verleihung des Staates des Reichstages“ vorgelegen habe. Auch die gewaltigen Überzahlungen an die Schwerindustrie konnte der Ausschluß nicht bestreiten, genauere Untersuchungen aber darüber „seien heute nicht mehr möglich“. Schließlich erklärt der Ausschluß, daß „es erwünscht ist, die der Großindustrie des gesuchten Gebietes gewährte Begünstigung durch ausreichende Entschädigungen der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen“. Von dieser „erwünschten Ausgleichung“ werden die Arbeiter im Rhein- und Ruhrgebiet ihr Leben lang nichts zu lohen bekommen. Die Großindustriellen aber haben ihre 750 Millionen im Beutel. Die Kommunisten hatten der Enthüllung des Ausschusses folgende eigene Ent-

schließung entgegengestellt, die natürlich von den Herren abgelehnt wurde, da sie nicht daran dachten, diese nur zu bestätigen. Tatsachen zugedröhnen und die Konsequenzen zu ziehen:

„Entwurf für abschließende Feststellungen.
1. Nach Aufgabe des passiven Widerstandes und nach dem Zusammenbruch der deutschen Währung haben, unter Umgehung des Reichstages, private Verhandlungen geheimen Charakters zwischen einigen Reichsmältern und Vertretern des Ruhrbergbaus stattgefunden, um in der Zeit der größten Ausbreitung der Massen ungewöhnliche Forderungen der Ruhrindustriellen zu erfüllen. Diese Besprechungen zwischen Ruhrindustriellen und einzelnen Ministern geben, da sie den privaten und geheimen Charakter hatten, den Ruhrindustriellen unter keinen Umständen einen Rechtsanspruch auf die geforderte Summen.“

2. Nach Abgabe der ohne jede Rechtsgrundlage gelieferten Abmachungen hat die Reichsregierung Marx, Stresemann, den Grubenherren und den übrigen Industriellen 750 Millionen Reichsmark ohne Wissen des Reichstages und ohne staatliche Genehmigung heimlich ausgeliefert. Diese Genehmigung erhielt erst bei dieser Auslieferung, als der größte Teil der Geldsumme bereits bezahlt war.

3. Der Ausschluß hat festgestellt, daß demgegenüber die großen Kreise der Arbeitnehmer, Angestellten, Beamten und kleinen Leute des erwerbstätigen Mittelstandes, die tatsächlich vor allein unter großer Opferbereitschaft den Kuhelkampf durchgeführt haben, in geradezu flüchtiger Weise für die erlittenen Schäden abgestanden worden sind. Umgekehrt wurden diese Schichten während des Kuhelkampfes durch die bewußt von Kapitalisten und Reichsregierung herbeigeführte Inflationspolitik nahezu restlos ausgeraubt. Selbst die durch Vermittlung des 16. Ausschusses des Reichstages von der Reichsregierung geforderten Ausgleichsschädigung an diese Kreise haben letztens der Reichsregierung nur Hohn auslösen können.

4. Der Ausschluß kommt zu dem Resultat, daß die Reichsregierung Marx eine geradezu schamlose Bereicherung der Ruhrindustriellen auf Kosten der Allgemeinheit unter Umgehung des Reichstages ermöglicht hat. Der Ausschluß schließt aus allen diesen Gründen:

Der Reichstag wolle beschließen:

a) Den für diesen ungeheuerlichen Standort in erster Linie verantwortlichen damalige Reichskanzler Marx ist wegen der Verleihung des Staates des Reichstages und ungeheuerer Verschleuderung von Reichsgeldern an die Industriellen vor den Staatsgerichtshof zu stellen.

b) Es sind sofortige Maßnahmen zu treffen, um die den Ruhrindustriellen ausgelieferten 750 Millionen Reichsmark den Reich zurückzuerstatten. Diese Summen sind zur Entschädigung der während des Kuhelkampfes und der Micum-Zeit geschädigten Arbeitern, Angestellten, Beamten und kleinen Leuten des Mittelstandes zu verwenden.“

Amerika droht Frankreich mit Zollzuschlägen

Neuport, 20. Sept. (Telefon.)

Die amerikanische Antwort auf die französischen Vorschläge für eine Herabsetzung der Zölle für amerikanische Ausfuhrwaren ist heute vom französischen Botschafter überreicht worden. In der Note, die sehr kurz gehalten ist, soll die amerikanische Regierung, der International New Service zufolge, damit drohen, einen Zollzuschlag auf die französischen Waren zu legen, falls die amerikanischen Wünsche nicht berücksichtigt würden.

Heftige Kämpfe in Nicaragua

Neuport, 20. Sept. (Telefon.)

Nach Washingtoner Meldungen kam es bei Telponeca in Nicaragua zu heftigen Kämpfen zwischen amerikanischen und nikaraguianischen Truppen. Auf amerikanischer Seite gab es einen Toten, während die Nikaraguane 26 Tote und 10 Verwundete zu beklagen hatten.

Boim Lago

Bombenattentat auf einen serbischen Eisenbahnhub
Berlin, 21. September. (Telefon.) Wie die Morgenblätter aus Alten melden, wurde gestern ein Eisenbahngüterzug bei der Station Souidovo auf serbischem Gebiet ganz nahe der griechischen Grenze durch sieben auf die Schienen gelegte Bombe zur Entgleisung gebracht. Es erfolgte eine Explosion, die den ganzen Zug mit Ausnahme der Lokomotive zertrümmerte. Über die Anzahl und Namen der Opfer liegen noch keine Nachrichten vor. Der die Szene passierende Expresszug wurde mehrere Stunden aufgehoben, weil die Strecke beschädigt war.

Schweres Straßenbahnhungrück in Italien

Berlin, 21. Sept. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Rom ereignete sich in der Nähe von Ascoli ein schweres Straßenbahnhungrück. Als der Führer in einer Kurve bremsen, überholte sich der Wagen über den Straßenrand. Fünf Fahrgäste wurden getötet, acht erlitten schwere und leichtere Verletzungen.

Schiffskatastrophe an der chinesischen Küste

Bisher 159 Leichen geboren
Berlin, 20. Sept. Wie die Abendblätter aus Tsinling melden, ist das Motorschiff Genito Maru, das mit 400 chinesischen Passagieren nach Tsinling unterwegs war, gekentert. 120 Passagiere wurden von einem amerikanischen Kreuzerboot aufgenommen, 159 Leichen wurden bereits geborgen. Die übrigen Passagiere werden vermisst.

Zwei Tote eines Bauunglücks

Berlin, 20. Sept. An dem Tunnelbau auf der Bahnhofstraße Charlottenburg-Wilmersdorf wurden heute nachhaltig bei einem Baugrubenrutsch mehrere Arbeiter verschüttet. Zwei Arbeiter konnten nur als Leichen geborgen werden, zwei weitere erlitten Verletzungen und wurden ins Krankenhaus übergeleitet.

Explosionsunglück im Stückstoffwerk Treptow

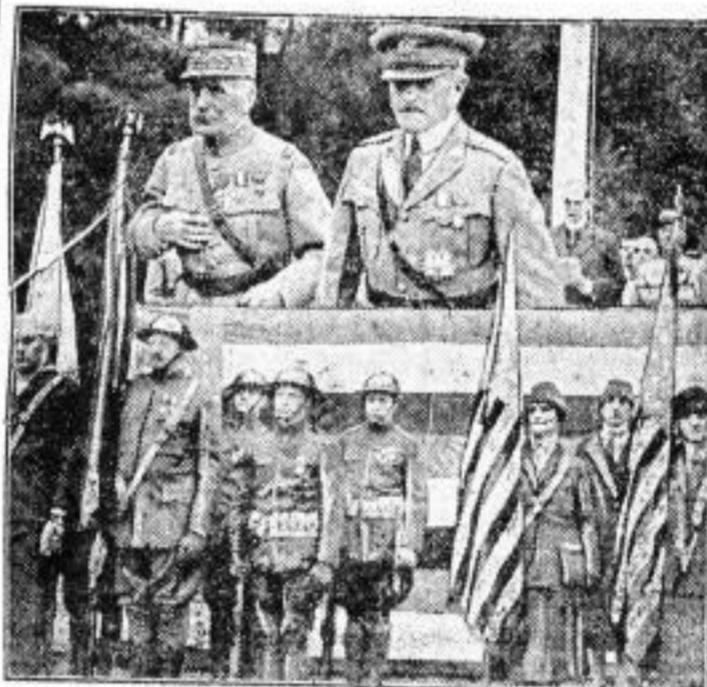
Treptow, 20. Sept. Im Stückstoffwerk im Treptow ereignete sich in der vorgängigen Nacht eine schwere Explosions. Ein Elevator wurde zerstört und 6 Arbeiter verletzt, davon 4 schwer. Einer der schwerverletzten ist noch im Laufe der Nacht im Krankenhaus Treptow seinen Verletzungen erlegen. Die übrigen schwerverletzten schwanden noch in Lebensgefahr.

Eine „Sacco- und Banzetti-Straße“?

Chemnitz, 20. Sept. Das Gemeindekollegium in Hartau bei Chemnitz, das eine kommunistische Mehrheit hat, beschloß nicht weniger als 12 Straßen umzubenennen. Unter anderen erhält der Ort eine Sacco- und Banzetti-Straße. Die anderen Straßen sollen nach Kommunistenführern ihm führenden Frauen benannt werden.

Lebendig verbrannt

Oberwiesenthal. In der Nähe der Sonnenwirbelhäuser zwischen dem Kausberg und dem Fichtelberg überzog sich ein 20jähriges Mädchen mit Petroleum und zündete es an. Sie erlitt leichte Brandwunden, doch sie bald danach im Krankenhaus starb. Der Beweggrund zur Verzweiflungstat ist der schwere Liebe.



American Legion Rummel
Foch, Kriegsheer gegen die Sowjetunion.

Beeshing bei seinen faschistischen Weltkriegsfälschern männlichen und weiblichen Geschlechts.